



PRESSEMITTEILUNG

Autobahn-Neubau-Vorhaben in der Altmark auf den Prüfstand stellen!

Altmark nicht zur Regionalentwicklung gefährdenden Transitzone verkommen lassen | Beispiele zeigen: Autobahnen werden immer öfter zurückgebaut | deshalb: Ausbau B189 ab Stendal statt Neubau A14 | BUND-Gutachten zeigt: Bundesverkehrswegeplan ist verfassungswidrig

Altmark | 07.12.2021: Die Altmark sollte diese neue Entwicklung nicht verpassen! Klar ist: Viel zu langsam kommen neue Entwicklungen auf dem Lande an. Es lohnt ein Blick in die Ferne, um zu erkennen, wohin die Mobilitätsreise geht. Klar ist aber auch: Stadtleben und Landleben sollte man nicht verwechseln. Trotzdem kann ein interessierter Blick helfen: Tendenzen und Neuausrichtungen können so rechtzeitig erkannt werden, um Fehler zu vermeiden. Meint im Falle der Altmark: **Der Ausbau der B189 ab Stendal sollte Vorrang vor einem Autobahn-Neubau haben.**

Wie die Volksstimme am 04.12.2021 berichtet, wird die neue Regierungskoalition Autobahn-Neubau-Vorhaben auf den Prüfstand stellen: **bedarfsgerechter Ausbau vorhandener Straßen und Sanierung wird Vorrang vor Neubau haben.** *„Das ist eine sinnvolle und lange überfällige Richtungsentscheidung, die auch die B 190n betreffen wird. Und auch auf die noch nicht gebauten A 14-Abschnitte muss sich diese neue Sichtweise auswirken“*, sagt Oliver Wendenkamp, der mit dem anerkannten Naturschutzverband Naturfreunde Sachsen-Anhalt eine neue Entscheidung bzgl. des A14-Abschnittes Osterburg-Seehausen erwirken möchte.

Die Annahmen, mit denen die A14 vor über 25 Jahren gerechtfertigt wurde, sind **längst von der Realität überholt** und haben sich als falsch und völlig überzogen herausgestellt. Von den einst prognostizierten bis zu 26.600 Fahrzeugen, die pro Tag auf der A14 erwartet wurden, sind nur noch 40 % des ursprünglich angenommenen Verkehrsbedarfs übriggeblieben.

Für die A14 ist damit der Verkehrsbedarf derart drastisch gesunken, dass die **Bemessungsstärken für eine Autobahn deutlich unterschritten** werden und damit die Prognosen keinen Autobahn-Neubau mehr rechtfertigen. Wendenkamp weiter: *„Wir haben nach wie vor Zeit, jetzt gegenzusteuern, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und diese sinnlose Naturzerstörung zu stoppen.“*

Der BUND hat vor kurzem zudem ein Rechtsgutachten zum **Bundesverkehrswegeplan (BVWP)** veröffentlicht, welches zeigt, dass „sowohl der Fernstraßenbedarfsplan als auch der BVWP 2030 die EU-rechtlichen Vorgaben zur Strategischen Umweltprüfung nicht erfüllen“ und deshalb **verfassungswidrig** sind. (Quelle BUND)

Beispiel Deutschland/Berlin - Rückbau der A103 und A104 wird untersucht

Die Plattform „Entwicklungsstadt Berlin“ berichtet: *„Im Südwesten Berlins plant die rot-grün-rote Koalition einen schrittweisen Rückbau mehrerer Stadtautobahn-Trassen. Ziel soll eine Reurbanisierung von Stadtquartieren sein, die heute von überdimensionierten Relikten der autogerechten Stadtplanung dominiert werden. (...) So soll der mögliche Abbau von zwei Stadtautobahnen untersucht werden. Schrittweise sollen die Autobahnabschnitte A103 und A104 zurück- und umgebaut werden.“*

<https://entwicklungsstadt.de/im-suedwesten-berlins-koalition-plant-den-rueckbau-der-stadtautobahn/?fbclid=IwAR1dMKhCA8BHv9yMkTGpw-EH73XmxXbFw8Ch7s5FWHwubkcmOLqXgDUQm-g8>

Beispiel Frankreich/Paris – Rückbau der autogerechten Stadt für mehr Lebensqualität

Die Plattform Utopia berichtet: *„Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo plant, Frankreichs Hauptstadt umzubauen. Damit die Pariser*innen häufiger mit dem Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen, sollen Autos größtenteils aus der Stadt verschwinden.“*

<https://utopia.de/paris-buergermeisterin-plant-stadtumbau-autofrei-175262/>

Beispiel Österreich/Wien – Regierung verzichtet auf Autobahn-Neubauten

Siehe Bündnis-PM vom 03.12.2021 unter

<https://www.verkehrswende-elbe-altmark.de/news/4-quartal-2021/>

Pressekontakt

<https://www.verkehrswende-elbe-altmark.de/presse/>